

Ercheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Wochenpreis
für 124 Quartale 1 M. 60 Pf. 120
Quartale.
Haupt-Verkaufsstelle
werden bei allen deutschen Buchhändlern
auf den 2. und 3. Absatz, und auf den
3. Absatz besond. angemerkt; im
Königl. Sachsen und Preussl. Sachsen
Altenburg auch auf den 1ten Absatz
des Quartals 4 54 Pf.
Inserate
bei den Versammlungen pr. Zeitungs-10 Pf.
bei den Zeitungsgelegenheiten und 20 Pf.
sonstige 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Buchhändler und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Jubiläum-Expeditionen.
New-York: E. G. Bremer, Genesee-
Schulbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: T. Deß, 600 North
3rd Street.
Chicago: J. Kaufmann, 206 Divi-
sion Street.
San Francisco: J. G. Day, 418 O'Far-
rell Street.
London: Reubig, 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 28.

Sonntag, 3. December.

1876.

Wahre und scheinbare Größe der Sterblichkeit unter den unehelichen Kindern.

(Aus der „Frankfurter Zeitung“.)

Das Exposé über die Kindersterblichkeit im preussischen Staate bereichert nicht nur unser Wissen um eine Menge scheinbar neuer Daten, sondern befriedigt zugleich durch die daraus zu entnehmende Gewissheit, daß die Möglichkeit, das reiche statistische Material über jenen Gegenstand, welches die amtlichen Aufzeichnungen über Geburten und Sterbefälle darbieten, erschöpfender als leichter anzunehmen, nunmehr für ein so weites Gebiet wie das des preussischen Staates in Erfüllung gegangen ist.

Dagegen dürfen die Schlussfolgerungen, welche jenes Exposé an die nebeneinandergestellten Zahlenreihen der Todesfälle ehelicher und unehelicher Kinder knüpft, nur mit großer Vorsicht aufgenommen werden, und namentlich möchte die überraschende Behauptung einer minderen Sterblichkeit der unehelichen als der ehelichen Kinder vom dritten Lebensjahre ab nach dem, was die mitgetheilten Ziffern an wirklich Thatsächlichem bieten, noch sehr in Zweifel gezogen werden, wodurch sich zugleich das Bedürfnis nach einer Erklärung zur Zeit von selbst erledigt.

Wirklich erhoben sind nämlich von den Zahlen, auf welche sich jene Behauptung stützt, nur die Summen der im Kalenderjahre 1875 Geborenen und der während des nämlichen Kalenderjahres am 1., 2., 3. u. Lebensstage, im 1., 2. u. Lebensmonate, oder Lebensjahre verstorbenen ehelichen und unehelichen Kinder. Daß Lebensjahr und Kalenderjahr nicht zusammenfallen müssen, ist hinsichtlich der in einem Alter von mehr als einem Jahre verstorbenen (wo freilich die Unmöglichkeit des Zusammenfallens auf der Hand liegt) in dem Exposé selbst hervorgehoben. Wollte man mit Knapplicher Strenge verfahren, so müßte man das Gleiche auch hinsichtlich aller übrigen behaupten, denn selbst bezüglich der am ersten Lebensstage verstorbenen Individuen liegt die Möglichkeit vor, daß sie, als am letzten Tage des Kalenderjahres 1874 geboren, unter den 1,035,721 Kindern des Jahres 1875, von denen sie schließlich, um die Zahl der Ueberlebenden zu finden, abgezogen werden, gar nicht mit enthalten waren. Eine entscheidende Bedeutung ist diesem Umstande allerdings nicht beizumessen, da derartige Ungenauigkeiten sich in der That durch den stetigen Fortgang des Bevölkerungswechsels annähernd auszugleichen pflegen, und außerdem reduzieren sich dieselben durch Fortsetzung der Untersuchung während einer Reihe aufeinanderfolgender Jahre ganz von selbst auf ein relativ immer geringeres Maß, weil die zeitlichen Uebergänge, die aus dem Auseinanderfallen von Kalender- und Lebensjahren entspringen, verhältnismäßig um so seltener werden, je größer der in Betracht gezogene zusammenhängende Zeitraum genommen wird.

Nicht zu hoffen ist eine solche Selbstcorrectur hinsichtlich einer zweiten und viel bedeutungsvolleren Ungenauigkeit, welche nicht aus der Natur der Angaben, sondern aus einem Fehler der Methode entspringt. Es ist nämlich keineswegs zulässig, die Ziffer, welche sich nach Abzug der (wie wir annehmen wollen) innerhalb eines Kalenderjahres verstorbenen unehelichen Kinder von der Zahl der in dem nämlichen Jahre unehelich Geborenen ergibt, ohne weiteres als den verbliebenen Bestand an unehelichen Kindern aus diesem Jahre zu behandeln. Es hieße dies vielmehr den nämlichen Fehler begehen, als wenn Jemand, ausgehend von der Thatsache, daß zum Beginn eines Jahres 10 und so viel unverheiratete, verheiratete, verwitwete und geschiedene männliche und weibliche Personen vorhanden waren und so und soviel unverheiratete u. innerhalb des Jahres starben, schließen wollte, die Differenz müsse den am Jahreschlusse verbleibenden Bestand von Lebigen, Verheirateten, Verwitweten und Geschiedenen ergeben, ohne zu berücksichtigen (die Ab- und Zuwendung wollen wir ganz bei Seite lassen), daß ein Theil der Lebigen, Verwitweten und Geschiedenen durch Verheiratung resp. Wiederverheiratung der Verheirateten, durch Verwitwung, resp. Scheidung inzwischen seinen Civilstand gewechselt haben kann!

Der Wechsel des Civilstandes ist auch bei Kindern nicht nur möglich, sondern in ausgedehntem Maße im Gange, allerdings nur in einer Richtung, nämlich durch Legitimation unehelich geborener, welche nun als eheliche fortleben, resp. sterben.

Die numerische Bedeutung dieses Prozesses wird satifam illustriert durch folgende Thatsache, welche ich in Jahrgang 1871 der Zeitschrift des königlich sächsischen statistischen Bureaus (Seite 154) veröffentlicht habe. In den Jahren 1865—70 wurden im Königreiche Sachsen zusammen 85,235 uneheliche Kinder lebend geboren und in derselben Zeit, soweit hierüber Nachweisungen zu erlangen waren, 24,113 unehelich geborene Kinder durch nachfolgende Ehe legitimirt. Die letztgenannte Ziffer ist wegen der Unmöglichkeit (besonders aus den großen Städten) vollständige Angaben zu erlangen, als Minimalziffer anzusehen. Unter Vermuthung der nämlichen Freiheit, welche für die Gegenüberstellung von Geborenen und Verstorbenen aus zum Theil verschiedenen Kalenderjahren in Anspruch genommen werden mußte, darf man sonach, wenigstens für das Königreich Sachsen, das in dieser Beziehung schwerlich durch abnorm günstige Verhältnisse ausgezeichnet ist, die Behauptung wagen, daß mehr als jedes vierte, vielleicht schon jedes dritte unehelich geborene Kind durch nachfolgende Legitimation hinterher in die Reihe der ehelichen einrückt. Wenn dies im Durchschnitt geschieht, darüber fehlen alle Nachrichten. Doch darf man (um bei den im Königreich Sachsen gemachten Erfahrungen stehen zu bleiben) aus der Thatsache, daß dort auf 100 Ehen, durch welche uneheliche Kinder legitimirt wurden, durchschnittlich 121 unehelich Geborene die Stellung ehelicher Kinder erlangen, als auf jedes vierte derartige Verhältnis durchschnittlich zwei 1/3 de voreheliche Eheschließungen kamen,

wohl schließen, daß die Legitimation in der Regel nicht in den ersten Lebensstadien der betr. Kinder erfolgte.

Liegen die Dinge in Preußen nur eingermassen ähnlich wie in Sachsen, so springt von selbst in die Augen, in welcher Richtung die durch Abzug der Verstorbenen, ohne Rücksicht auf die Möglichkeit des Civilstandswechsels, berechnete Ziffer der im 2., 3. u. Jahre noch überlebenden ehelichen und unehelichen Kinder einer Correctur unterworfen werden müßte. Eine nicht unbedeutliche Anzahl wäre aus der Reihe der letzteren in die der ersteren zu übertragen. Wie hoch sich dieser Uebertrag beziffern würde, muß vor der Hand dahingestellt bleiben. Aber soviel scheint festzustellen: Die angegebenen Zahlen der lebenden zwei-, drei-, vier- und fünfjährigen ehelichen Kinder sind in Folge der Beschränkung auf die ehelich Geborenen um ein Beträchtliches zu niedrig, die der unehelichen zu hoch angelegt.

Da nun in dem erwähnten Exposé die Sterblichkeit sowohl der ehelichen als der unehelichen Kinder durch die Zahl der nachweislich Verstorbenen ausgedrückt ist, welche binnen Jahresfrist auf je 1000 Lebende der betreffenden Kategorie kommen, und diese Zahl um so größer ausfallen muß, je kleiner die zu Grunde gelegte Totalzahl der bez. Lebenden war, so ergibt sich von selbst, daß, wo diese letztere zu niedrig angenommen war, die berechnete Sterblichkeit höher erscheinen mußte, als sie in der Wirklichkeit gewesen ist, und wo die Zahl der angenommenen Lebenden von der Wirklichkeit nicht erreicht wurde, die Sterblichkeit in Wahrheit größer war, als sie berechnet ward.

Der erste Fall müßte nach dem Angeführten vorliegen bei den ehelichen, der andere bei den unehelichen Kindern; und da die Legitimationen in jedem folgenden Jahre zu den schon vorher auf diesem Wege aus den Reihen der unehelichen in die der ehelichen Uebergeführten eine neue Anzahl Kinder hinzufügen, die Differenz zwischen Rechnung und Wirklichkeit somit in jedem Jahre größer werden muß, so dürfte dieser Umstand vollständig ausreichen, die durch die erstere gefundene, vergleichsweise zunehmende Sterblichkeit der ehelichen und abnehmende der unehelichen Kinder hinsichtlich ihres tatsächlichen Vorhandenseins überhaupt in Frage zu stellen, so daß es des Suchens nach Gründen für die erst hieraus gefolgerte stärkere Vitalität (Lebensfähigkeit) der unehelichen als der ehelichen Kinder im dritten, vierten und fünften Lebensjahre vor der Hand gar nicht bedarf.

Theodor Petermann.

Noch einmal die Nationalwahlen in den Vereinigten Staaten.

Das schließliche(?) Ergebnis der Nationalwahlen in den Vereinigten Staaten giebt Allen, die denken wollen, Gelegenheit, sich einige Lehren zu Gemäthe zu ziehen. Zum demokratischen Wahlsiege haben die Regier das Meiste beigetragen, die Regier, welche ihre Freilassung der republikanischen Partei verdanken, welche von der demokratischen in ewiger Sklaverei gehalten werden sollten, und welche deshalb viele Jahre hindurch wie ein Mann mit den Republikanern stimmten, von denen sie oft genug bewaffneten Schatz gegen die Uebergriffe ihrer ehemaligen Gegner und jetzigen Brotherrn erlangt haben! — Nun, dieses auffällige Gebahren ist leicht erklärlich, und zwar aus zwei Gründen. Erstens hat die herrschende (republikanische) Partei sie in der Gewalt ihrer Brotherrn gelassen, indem sie ihnen den Landbesitz und damit die Arbeitsmittel verweigerte; und die gewöhnlichen Sklavenhalter, denen das Land durchaus hätte confisziert werden sollen, aber vom herrschenden Kapitalismus belassen worden ist, sind nach wie vor Demokraten und haben die Macht, den Regern den Vorkorb höher zu hängen, wenn sie nicht wie ihre Arbeitgeber stimmen — und das hat am Ende seine Wirkung gethan. Zweitens aber hat die republikanische Partei durch ihre unerschämte Beträgung den ganzen Süden, der längst sich von den Folgen des Krieges hätte erholen können, so ausgebeutet, daß auch Regergebierne sie für einen unentzerrlichen Gemeinshaden erkennen mußten. Den Regern selbst wird nun freilich der Parteiwahl wenig helfen; die Sparfremigen, welche sie in die vom (rep.) Congress und Präsidenten verurtheilte „Freedman's Bank“ eingezahlt haben (viele Millionen) und welche ihnen von dem frommen General Howard und Genossen so schüddig gestohlen worden sind, werden sie nie wiederbekommen; die ungeheuren Staatsschulden, welche unter republikanischer Herrschaft auf den Kredit der Südstaaten gemacht, und deren Erträge meist gestohlen worden sind, werden nach wie vor durch Negerarbeit verschleuert und getilgt werden müssen; und anstatt bewaffnete Hilfe von der Union erwarten zu können, werden sie sich ganz und gar unter den Schutze ihrer Arbeitgeber schmiegen müssen. Allein trotzdem ist jetzt Hoffnung für sie; denn jetzt erst wird die Arbeiterpartei bei dieser Million Stimmgeber Gehör finden können.

Nächst den Regern hat zum Wahlsiege die kleine Anzahl unabhängiger Stimmgeber des Nordens das Meiste beigetragen, welche keiner Partei angehören, sondern, wenn sie überhaupt stimmen, zwischen den zwei Uebeln das kleinste wählen. In diesen selten stimmenden Bürgern gehören z. B. die Quäker, die Herrnhuter und alle „Stillen im Lande“, die selbstdenkenden Deutschen, soweit sie nicht „radikal“ sind, und die „Unabhängige Partei“ der Bauern und „Greenbackers“. Diese Leute waren lange Jahre Bundesgenossen der Republikaner, lediglich weil diese die Partei der Bildung waren, die meisten gebildeten und fortschrittlichen Leute in ihrer Mitte zählten, der katholischen Pfaffenherrschaft widerstanden, die Sklaverei abgeschafft hatten und die Menschenrechte der Regier zu schützen vorgaben. Sie würden auch diesmal die Republikaner unterstützt haben, wäre nicht die gänzliche Verderbnis dieser Partei zu offenkundig, und wäre nicht von ihren leitenden Geistern allem Anstand, aller

Ehre der Nation, allem Gelübniß der Besserung zu frech in's Gesicht geschlagen worden. Hier haben wir also eine Partei der Gebildeten, der „Besten und Besten“, der Kopsarbeiter und Anständigen, welche in einer sechszehnjährigen Herrschaft über fast alle Staaten, und im Besitze aller Machtmittel, sich selbst systematisch zu Grunde richtet und zum Skandal für alle Welt macht; welche nicht die Lebenskraft hat, um unreine Bestandtheile auszuscheiden, ihre Vertreter von der unerhörtesten Beschuldigung und Enttilligung des Volkes abzuhalten und der Verwüstung des Kapitalismus einen Damm zu setzen; welche vielmehr die Mitschuld für alle diese Verbrechen dadurch auf sich nimmt, daß sie für die Fortdauer dieser Parteiwirtschaft stimmt, obwohl sie weiß, daß diese ihr Verprechen der Reform schon vielmals gebrochen hat. Wenn wir nicht ganz irren, so giebt es hierzu in Europa Seitenstücke. — Die unabhängigen Wähler haben nun freilich die Genugthuung eines Personenwechsels in der Unionsverwaltung und in mehreren Einzelstaaten, werden aber daran nicht viel Freude erleben, zumal da erst in zwei Jahren auch der Unions-Senat demokratisch werden und eine ganz demokratische Gesetzgebung möglich machen kann, bis dahin aber der „neue Teufel“ verlernt haben muß, „gut zu lehren“.

Die Wahlbetrügereien haben deswegen nichts entschieden, weil sie auf beiden Seiten sich das Gleichgewicht gehalten haben; sie waren augenscheinlich größer auf der republikanischen Seite, welche im Besitze der Unionsgewalt, der meisten Kemter und der größten Kapitalmassen ist, aber besser berechnet auf der demokratischen Seite. Die gebildete Partei ist also schmächtig überlistet worden, und der Einscheid ist vorwiegend einer wirklichen Volkswahl zu danken, welche gar keine andere Rettung aus der Herrschaft der einen überfaulen Partei sah, als in einem Personenwechsel zur andern hinüber. Wenn das ein Beweis sein soll für den politischen Verstand der Volksmehrheit, so wissen wir nicht recht, was politischer Verstand ist. Denn ein Systemwechsel ist unter unserm Kapitalismus undenkbar.

Zur Blimsohlfrage.

In den lezt verfloffenen Sitzungen des Reichstags ist der Entwurf „betreffs möglicher Verhinderung von Seemannsfallen“ durchberathen worden. Es ist dies ein nicht zu unterschätzender Schritt vorwärts, trotzdem hat es aber den Anschein, als ob diese Frage noch nicht gründlich genug ventilirt wäre, denn ehe einen Kapitän oder sonstigen Angestellten eine Schuld treffen kann, wird festgestellt sein müssen, ob das Schiff selbst auch wirklich „seetüchtig“ war. Um daher gerecht und consequent zu handeln, wäre es wohl an der Zeit, da ein Baupolizeigesetz zu Lande schon lange existirt, ein „Schiffbaupolizeigesetz“ zu schaffen, weil dann Beamte im Stande wären, eine Controle in jeder Hinsicht zu führen. Da nun die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes durchaus nicht bestritten werden kann, und in einem kürzlich im „Vorwärts“ erschienenen Artikel schon einiges Material in dieser Hinsicht beigebracht ist, so mögen hier noch einige schlagende Beweise das in jenem Artikel angeführte erläutern. Ein in diesem Jahre im Reicherting bei Herrn Dreier erbauter Dreimastschoner „Durango“ hatte sich, wie er leet im Hafen lag, derartig gebeugen, daß der Metallbeschlag vorn und hinten sich in Falten geworfen hatte, eine Folge zu schwacher Verbindung. Ein anderes Schiff bei Herrn Warde St. Pauli 1873 erbaut, nämlich das Vollschiff „Galar Godefro“ litt an demselben Uebel, es stand dieses Jahr auf der Stig der Herren Wenf-Söhne und hatte eine Masse Metall in der Aim verloren, trotzdem das Metall nach Aussage erst ein Jahr sah. Es läßt sich dies nur durch eine außerordentlich starke Bewegung im Schiff erklären. Ferner stand im vorigen Jahr im Trockendock der vorbenannten Herren die Barke „Johann Heinrich“, Kaufmann Donner in Altona gehörig und meines Wissens in Lübeck gebaut, höchstens einige Jahre alt, war leet und waren 2 Haischendeballen gelndt, es fehlte diesem Schiff ebenfalls der nöthige Verband; es sollte nachgesehen werden, wurde aber, da es nach der gewöhnlichen Ansrede accordirt war, trotzdem es leet, nur sehr oberflächlich kassirt. Ein anderes Schiff, welches ungefähr um dieselbe Zeit in selbigem Trockendock stand, würde mit dem Namen „Sargis“ am richtigsten betitelt sein. Es war dies die alte Hamburger Barke „Pelene“, Kaufmann Godefroy gehörig; es waren bei diesem Schiffe eine Masse metallene Bolzen leet, es wurde auch ein gut Theil, welche gleich eisernen Bolzen verzehrt waren, herausgenommen, es blieben aber immerhin die meisten sitzen. Das Schiff wurde ebenfalls aufgehauen, um die Einholzer zu sehen; es zeigte sich hierbei, daß das Schiff vorn verrotten war, es wurde aber auf Anordnung des Inspektors Möller das Loch so schnell wie möglich wieder zugemacht; ferner war ein sogenannter verlorener Gang bei 12—15 Fuß Länge über 1 Zoll von den Einholzern abgewichen, das Schiff hatte überhaupt sehr breite Planken und waren selbige nur sehr schwach befestigt. Beim Kielschwein stellte sich heraus, daß nur in jeden zweiten Spant ein metallener Bolzen eingeschlagen war, man hatte immer einen eisernen dazwischen geschlagen, selbigen 4 bis 5 Zoll weggeschleudert und dann zum Schein ein kleines Stück Metall darauf geschlagen. Dies wären von den vielen Fällen nur einige. In England ist diese Frage durch die Agitation des menschenfreundlichen Herrn Blimsohl schon etwas weiter gebiehn, würden die englischen Schiffszimmerer ebenso große Menschenfreundlichkeit sein wie Herr Blimsohl, so würde dieser ein genügendes Material in Händen haben, um sämtliche Gequer damit zu erdrücken. Aufgabe der deutschen Schiffszimmerer muß es daher sein, um dem vielgeplagten Seemannsstand als Bioniere davor zu arbeiten, alle sich zeigenden Mängel an die Oeffentlichkeit zu ziehen. Bei alten Schiffen wurde bei unsichtiger und praktischer Leitung trotz der übervollständigen Nachberathung ein Gefährdungen

zu erzielen sein, und könnten die Vorarbeiten schon bei jetziger bedrängter Zeit gemacht werden, damit der Allgemeine deutsche Schiffszimmererverein sich auch wirklich als deutscher Blausol zeige. Hamburg. J. H. Brandt, Schiffszimmerer.

Sozialpolitische Uebersicht.

Wie es heißt, wird Fürst Bismarck demnächst im Reichstag — wahrscheinlich bei Gelegenheit der dritten Beratung des Etats — über die orientalische Frage und seine Stellung zu derselben sprechen. Erfahren werden wir da nichts. Nur ein Diot kann neue Aufschlüsse erwarten. Durch eine Debatte, durch Kreuz- und Querfragen ließe sich vielleicht Dies und Jenes ermitteln; allein eine Debatte will ja der Reichstag nicht. Die Nationalallianz, Fortschrittler und Conservativen der verschiedenen Fraktionen haben keine Lust, an dem „Nir“ herumzusagen, auf dem sie insgesammt sitzen, und das Centrum — je nun, das Centrum ist froh, daß der „Staat“ im Vorhof von Canossa seinen Frieden mit der Kirche gemacht hat; durch die paar Bemerkungen, mit denen die Herren Windthorst und Jörg zu Beginn der Session anstandslos die orientalische Frage freistellen, hat sich das Centrum von der Pflicht einer ernsthaften Debatte losgerafft. Die Einzigen, die eine Debatte herbeizuführen suchten, die Sozialdemokraten, verfügen nicht über genug Stimmen, um einen Antrag, geschweige denn eine Interpellation zu stellen. So wird also Fürst Bismarck einen Monolog (Alleinredung) über die orientalische Frage halten und uns sagen, was wir bereits wissen, daß Preussisch-Deutschland die strikteste Neutralität beobachten wird (eine so strikte Neutralität, daß es keinem anderen Staate des europäischen Festlandes erlauben kann, die Neutralität zu verletzen — was Fürst Bismarck natürlich nicht zu sagen braucht) und daß Preussisch-Deutschland nur dann aus seiner Neutralität heraustreten wird, wenn seine Ehre und sein Interesse es erheischen, wie die Thronrede sich ausgedrückt hat. Daß es gegen die Ehre und das Interesse Deutschlands verstößen würde, wenn andere Staaten eine mit der preussisch-deutschen Neutralität nicht übereinstimmende Politik zu befolgen, das versteht sich von selbst, braucht demnach ebenfalls nicht gesagt zu werden.

Uebrigens herrscht in Betreff der Bismarckschen Orientpolitik kaum mehr eine Meinungsverschiedenheit. Daß Fürst Bismarck Preussisch-Deutschland die Aufgabe zugebacht hat, Rußland den Rücken zu decken, d. h. Oesterreich und Frankreich im Schwach und Polen niederzuhalten, wird, außer von einigen verbohrteten Nationalliberalen, in der ganzen Welt von keinem Menschen mehr bezweifelt.

Zur Notiz den „liberalen“ Blättern, die da heuchlerisch thun, als ob durch das Fehlen verschiedener sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter während der bisherigen Debatten über die Justizgesetze das Schicksal dieser Gesetze gefährdet worden sei. Erstens: unsere Partei war stets im Reichstag vertreten, und ohne Herrn Valentin wäre der Standpunkt unserer Partei auf das Eingehendste entwickelt worden. Zweitens: es war dafür gesorgt, daß, falls unerwarteterweise eine zweifelhafte Abstimmung über irgend einen prinzipiell wichtigen Punkt vorkommen sollte, die nichtanwesenden Abgeordneten telegraphisch nach Berlin geladen worden wären. Dies hat sich aber nicht als nötig erwiesen. Bei der dritten Lesung der Justizgesetze wird es voraussichtlich anders sein. Da wo es gilt werden die Gegner uns stets auf dem Posten finden. Zur Rolle von Statisten, die schweigend hinnehmen müssen, was hinter den Coullissen zwischen den Majoritätsparteien und dem Bundesrath abgetarlet worden ist, lassen unsere Abgeordneten sich nicht herabwürdigen.

Nun Schluß eine Frage: Wie kommt's, daß die liberalen Blätter für den fleißigsten von allen Reichstags-„Schwängern“ kein Wort des Tadelns haben, nämlich für den Hrn. Reichskanzler Fürst Bismarck?

Die Fortschrittspartei auf dem Bauernfang. Kurz vor der Wahl muß sich natürlich jede Partei im besten Lichte zeigen. Die Fortschrittspartei insbesondere strahlte bei solcher Gelegenheit immer im Glanze ihres unbändigen Liberalismus und ihres warmen Herzens für das Volk. Sie hilft, wo sie kann, aber vorzichtigerweise nur in äußerst bescheidener Detailkammerlei, um bei der Engrosarbeit in den Parlamenten die wahren Volksbedürfnisse um so ungenierter zu vernachlässigen.

Der deutsche Bauernkrieg.*)

Ein Stück Menschheitsgeschichte hat uns Bebel in seinem Buche geliefert, wenn er selbst auch bescheiden darüber urtheilt und sich mit seiner Arbeit nicht einbringen will in die „Punst der Geschichtsschreiber“. Es ist schon viel über den Bauernkrieg geschrieben worden, von Berufenen und Unberufenen, aber es ging dem Bauernkriege wie der „Großen Revolution.“ — es hat ihm bisher an einem Darsteller gefehlt, der den Verhältnissen und Ereignissen gegenüber einen allgemein menschlichen Standpunkt einnahm.

Die große Mehrzahl Derjenigen, die sich mit dem Bauernkriege beschäftigt haben, vermochten mit ihren Arbeiten deshalb auch nicht in's Volk zu dringen, ihr Leserkreis blieb ein verhältnismäßig kleiner und beschränkter, der Werth ihrer Werke mehr oder weniger nur ein untergeordneter. Ein Verdienst läßt sich Bebel's Vorgängern allerdings nicht absprechen, sie haben fleißig gesammelt und reiches Material zu einer wirklichen Geschichte des Bauernkrieges zusammengetragen und die Gegenwart darf ihnen dafür dankbar sein.

Bei Bebel nun finden wir das, was wir bei seinen Vorgängern vermissen: tiefer und umfassender als bei diesen ist sein Blick, schärfer sein Urtheil, klarer und ansprechender seine Darstellung. Wenn wir etwas bei dem Bebel'schen Buche beklagen, so ist es der Umstand, daß das Material, welches Bebel zu Gebote stand, kein größeres gewesen. Er hat seinen Bauernkrieg im Landesumfanglich Widua geschrieben, und es handelte sich für ihn vornehmlich darum, die ihm seiner Zeit wegen „Majestätsbeleidigung“ zuerkannte unfreiwillige neunmonatliche Muße „möglichst nützlich im Interesse der Partei zu verwenden“. Nun, diese Aufgabe hat er in reichstem Maße erfüllt und trotz des beschränkten Materials ein Geschichtswerk geliefert, das auf die volle Anerkennung des Geschichtsfreundes sowohl als auch aller derjenigen Anspruch erheben darf, denen die Aufklärung des arbeitenden Volks und seine Befreiung am Herzen liegt. Die Partei selbst darf ihm für seine Arbeit Dank wissen und sie wird diesen Dank am besten dadurch bezeugen können, daß sie Bebel's Buch liest und verbreitet.

Solchem Drange, Freisinnigkeit und Volksfreundlichkeit zu heucheln, ist auch folgender „Anruf“ in dem fortschrittlichen Hauptorgan, der Berliner „Volls-Zeitung“ entsprungen:

„Wir haben unseren Lesern dieser Tage den entsetzlichen Fall mitgeteilt, in welchem der Mühlknapp: Schrader aus Kropfenried auf Grund eines falschen Zeugnisses vom Schwurgerichte zu Halberstadt wegen Brandstiftung und versuchten Mordes zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, von welcher er sieben Jahre verbüßte, ehe seine Unschuld an den Tag kam.“

Der Unglückliche hat durch diesen furchtbaren Rechtsirrtum Alles, was er an Lebensgütern sein nannte, eingebüßt. Kann ihm auch Niemand in der Welt die langen Jahre verlorener Freiheit ersparen, Niemand ihm sein zerrüttetes Familienleben wieder geben, so kann doch etwas geschehen, um ihn wenigstens für einen Theil seines verlorenen Hab' und Gutes zu entschädigen und ihm die Gründung einer neuen Existenz zu erleichtern.

Die Gesetzgebung enthält bis jetzt leider keine Bestimmung, die einen solchen Versuch aus staatlichen Mitteln gewährt. Was zu thun ist, kann nur durch die freie Opferwilligkeit der Gesellschaft erreicht werden.

An sie wenden wir uns und wir sind überzeugt, kein Fehlgeschick zu thun, wenn wir zumal unsere Leser und Freunde bitten, selber zu dem gedachten Zwecke beizusteuern und in ihren Kreisen nach Kräften dahin zu wirken, daß dieser Zweck in vollem Maße erreicht werde.

Zur Entgegennahme von Beiträgen, über deren Verwendung wir regelmäßig Rechenschaft ablegen werden, erklären wir uns gern bereit.“

In den gesetzgebenden Körpern mit aller Energie für Gesetzesbestimmungen zu kämpfen, welche sie außerhalb derselben seufzend vermisst, fällt der Fortschrittspartei gar nicht ein — die „freie Opferwilligkeit der Gesellschaft“ nimmt sich viel besser aus und stört reaktionäre und volksfeindliche Regierungen nicht einen Augenblick. Gut ist, daß die Maste der fortschrittlichen Freiheit und Edelthätigkeit sehr durchsichtig ist, und daß der so unfähig grausam Geschädigte der Fortschritts-Heuchelei wenigstens eine Verbesserung seiner Lage zu verdanken haben wird.

Gegen den Hirsch-Dunker'schen Tschischwitz veröffentlicht die „Tagwacht“ folgenden Steckbrief:

Zur Beachtung für alle Bundesstaaten. Im Juni d. J. kam ein früherer Redakteur des „Neuen Sozialdemokrat“, A. Käster, flüchtig nach Zürich und schloß sich bald unserer Section an, im September trat er wieder aus und bald nachher erschien in einem „liberalen“ Berliner Blatte eine Erklärung, in welcher sich Käster nicht allein von der Sozialdemokratie los sagte, sondern auch die gemeinsamen Insulten gegen eine Bewegung schänderte, der er vorher angehört hatte. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß allerdings Niemand gezwungen werden kann, einer Partei anzugehören, der er aus irgendwelchem Grunde nicht mehr angehören will, daß aber nur ein Gesinnungskump in Stunde ist, eine Partei, der er vorher in hervorragender Stellung angehörte, unter niederträchtiger Entstellung und Fälschung ihrer Prinzipien zu denunzieren und sich dadurch der Polizei als — nun als Tschischwitz — anzubieten, von dieser Ueberzeugung ausgehend, wurde Käster seitens unseres Vorstandes darüber interpellirt, ob er oben erwähnte Erklärung geschrieben habe.

Mittlerweile hatte, gestützt auf ein Schreiben Käster's, unser Berliner Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse“, erklärt, die oben erwähnte Erklärung sei gefälscht und Käster verweise, statt jener weiteren Antwort, unsern Vorstand auf die „Berliner Freie Presse“.

Dah jedoch stellte es sich heraus, daß Käster feig gelogen hatte und die oben erwähnte Erklärung wirklich „echt“ war, da einige Parteigenossen Gelegenheit nahmen, das Manuskript der Erklärung selbst zu sehen. Gleichzeitig erfuhren unsere Berliner Parteigenossen noch, daß besagter Käster ein „Gnadenbrosch“ an den König von Preußen um straflose Rückkehr nach Berlin eingereicht habe.

Wir können nun freilich selbstverständlich gegen eine „Belehrung“ des Käster nichts einzuwenden haben und überlassen überhaupt solch charakterlose Subjekte gern anderen Parteien, da wir für sie doch keinen Platz haben. Sollten jedoch die Schritte Käster's nicht den gewünschten Erfolg haben, die preussische Polizei ihn nicht brauchen können und er sonach am Ende gar noch einmal in den Fall kommen, sich da oder dort als „Sozialdemokrat“ aufzuspielen, so werden unsere Parteigenossen

„Die Formen der Unterdrückung und Ausbeutung“, sagt Bebel am Schluß seines Buches, „haben seit drei Jahrhunderten gewechselt, die Unterdrückung und Ausbeutung selbst ist geblieben. Wohl ist der Bauer des neunzehnten Jahrhunderts cultivirter und civilisierter geworden, wie sein Vorfahr aus dem sechszehnten Jahrhundert; so sehr man seine geistige Entwidlung auch vernachlässigt hat, der Fortschritt der Jahrhunderte konnte auch an ihm nicht spurlos vorübergehen. Aber relativ, im Vergleich zu der Lage des großen Gusherrn von heute betrachtet, ist seine soziale Lage kaum eine bessere geworden.“

Aber einen großen Fortschritt hat die moderne Culturentwidlung herbeigeführt. Sie hat den Gegensatz der Interessen des Landproletariats und des Industrie-Proletariats aufgehoben, die Ueberzeugung von der Gemeinsamkeit der Interessen, die Erkenntnis von der Nothwendigkeit des Zusammenwirkens und von der Nothwendigkeit der Umformung der Gesellschaft in eine Organisation, die jede Herrschaft und darum auch jede Unterdrückung ausschließt, überall verbreitet, sie hat mit einem Wort die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Aufrichtung der Menschengemeinschaft in der Gleichheit und Brüderlichkeit auf Grund einer den stetigen Fortschritt der Menschheit bedingenden Organisation zum Gemeingut aller denkenden Köpfe gemacht. Was die weitestgehenden Haupter der Bauernrevolution des sechszehnten Jahrhunderts nur dunkel geahnt und unklar erstrebt, das ist bei Beginn des letzten Biennials des neunzehnten Jahrhunderts in überzeugungsvoller Klarheit Gemeingut aller Derer geworden, die sich der Aufgabe gewidmet, die Hindernisse zu beseitigen, die dem Fortschritt der Menschheit auf der Bahn des allgemeinen Glücks und Wohlbehagens entgegenstehen.“

Wir theilen diese Bemerkung Bebel's nur mit, um den Parteigenossen zu zeigen, daß es keine fremde Welt ist, in die sie treten, wenn sie das Bebel'sche Buch lesen; die Farben der Gegenwart sind im Allgemeinen kaum weniger grell als die der Vergangenheit, und Bebel hat ganz Recht, wenn er sagt: „Die Formen der Unterdrückung haben seit drei Jahrhunderten gewechselt, die Unterdrückung und Ausbeutung selbst ist geblieben.“

Jugleich wird man aus unserem Auszuge die Pflicht jedes Parteigenossen herauslesen, mit den Zeitverhältnissen und Ereignissen sich vertraut zu machen, die das Buch in fesselnden Bildern in lebendiger Sprache vor uns entrollt. Man wird dann

hiermit wohl unterrichtet sein, zu welchem Kaliber der netze Herr gehört.

Zürich, 15. November 1876.

Der Internationale Arbeiterverein Zürich.“

Und dieser Lumpazius ist der Protegé der Herren Hirsch-Dunker! Gratuliren! Vielleicht lassen sie ihn nächstens eine Broschüre à la Unruh schreiben. Das Zeug dazu hätte der Barfche.

Ein Redeturnier. Wir lesen in unserem Chemnitzer Parteiorgan: „Herr Dunker tritt nächsten Sonnabend im „Elysium“ und nächsten Sonntag in der „Linde“ in öffentlicher Versammlung auf. Die erste Versammlung beginnt Abends Punkt 8 Uhr, die zweite Sonntag Vormittag 10 Uhr. Der Zutritt ist allen Wählern (ohne Eintrittskarte) gestattet, die Redezeit des Referenten Dunker ist eine Stunde, hierauf wird Most eine Stunde Redezeit gewährt, dann darf jeder Redner, einschließlich der Referenten, nur jebestmal eine Viertelstunde sprechen. Wir sind mit diesen Vorbedingungen zufrieden und erwarten, daß unsere Genossen zahlreich und pünktlich am Platze sein werden. Nur die Disposition der Liberalen beklagen wir, nach welcher dieselben auf Grund unseres reaktionären Vereinsgesetzes sich den Vorsitz allein gesichert haben. Wir legen an und für sich keinen Werth darauf, wer den Vorsitz führt, sind vielmehr der Ansicht, daß auch die hiesigen Liberalen den Vorsitz gut führen werden, es wäre aber nach der oben angeführten Geschäftsordnung gerecht und hauptsächlich klug gewesen, den Vorsitz zwischen einem Liberalen und einem Sozialdemokraten zu theilen, da auf diese Weise die größtmögliche Garantie für den ruhigen Verlauf der Versammlung gegeben gewesen wäre. Auf Letzteres legen wir den größten Werth und hoffen von unseren Freunden, daß sie auch in diesen Versammlungen die würdevolle Haltung bewahren, die den sozialistischen Arbeitern bisher zum Ruhme gereicht hat.“ Werden unsere Gegner und Gegenkandidaten in anderen Orten das Beispiel der Chemnitzer Liberalen nachahmen?

Jagdgeschichte. Das italienische Blatt „Lombardia“ meldet: „Das italienische Ministerium ist benachrichtigt worden, daß die deutschen Sozialisten, im Einverständnis mit einer nunmehr zur Ohnmacht verurtheilten Partei in Italien, welche der Regierung Verlegenheiten bereiten möchte, beschlossen haben, demnächst in Mailand einen univereellen Sozialisten-Congress zu halten, an dem alle diejenigen Theil nehmen würden, die in Europa extremen Theorien über das Eigenthum anhängen. Wir sind sicher, daß die Regierung beschlossen hat, den Zusammentritt dieses Congresses um jeden Preis zu verhindern.“ — Natürlich wird der Möbsum von deutschen Zeitungen abgedruckt. Es ist eine alte Geschichte: Die Furcht macht verrückt.

Der alte Esel Carlyle — in seinen jungen Jahren war er kein Esel, seine Geschichte der französischen Revolution & B. ist ein sehr verdienstliches Werk, aber seit er sich auf den „Helden“-Kultus (die Heroworship) geworfen und successive den verschiedensten Dün- und Eifengötzen vom „alten Fritz“ bis herunter zu Bonaparte und Bismarck Altäre errichtet hat, ist er mehr und mehr auf das Niveau seines öffentlichen Nachbeters Scherr hinabgeglitten und findet sich jetzt mit demselben brüderlich vereint in der Gasse des Kulturkampfes und Kanonenrechts — also der alte Esel Carlyle hat dieser Tage ein indianisches Kriegsgeheul gegen die Türken losgelassen, die aus Europa getrieben, wo möglich vom Erdboden vertilgt werden müßten. „Väterchen“ Alexander wird denken: „Gut gedrückt, du Felschen in der Löwenhaut, schade nur, daß Dein Gebrüll nicht die Wirkung des Gebrülls Deiner Ur-ur-Großmutter hat, auf der einst Bileam ritt: dann würde ich Dich meiner Armee voranschicken und die Mauern von Schumla, Silistria, Warna, Risch, Constantinopel u. s. w. um brüllen lassen!“ Und, der Hiebe von Alexanders gedenkend, wird „Väterchen“ sich hinter den „friedlichen“ Ohren kratzen.

Noch ist Polen nicht verloren. Die in Wien studierenden Polen haben an die Agramer und die Wiener slavischen Studenten auf deren Einladung, im Gegenlage zu den Kundgebungen der Bester Studirenden an einer serbenfeindlichen, rufenfreundlichen Demonstration theilzunehmen, folgendes Antwortschreiben gerichtet:

„Die polnische Jugend der Wiener Hochschulen den kroatischen Brüdern und Commilitonen Heil und Gruß! Den Inhalt eures Schreibens, welches uns auffordert, gemeinschaftlich mit anderen Slaven den Kundgebungen der ungarischen Jugend ge-

auch finden, daß das Buch nicht bloß für die Parteigenossen geschrieben, sondern daß es eine Agitationschrift in volstem Sinne des Wortes ist. Man darf Bebel's Aeußerung, daß die Erkenntnis von der Nothwendigkeit des Zusammenwirkens und von der Nothwendigkeit der Umformung der Gesellschaft in eine Organisation „überall verbreitet“ ist, nicht wörtlich nehmen, es ist im Gegentheil meist noch herzlich dunkel in den Köpfen. Aber gerade dort, wo es noch dunkel ist, da ist Bebel's Buch am Platze, Licht in die Köpfe zu bringen und die uns heute mehr oder weniger noch fernstehenden Kreise der Landbevölkerung über ihre Lage aufzuklären, sie zu uns herüberzuziehen und sie für das große Befreiungswerk zu gewinnen, dafür giebt es kaum ein besseres Mittel als Bebel's Bauernkrieg.“

Er giebt eine ergreifende Schilderung von der Lage der Bauern. In ewiger Knechtschaft von den herrschenden Klassen verurtheilt, von zahllosen Ausbeutern ausgefressen, vegetiren sie dahin, jedes Lebensgenusses beraubt, selbst um das Familienglück betrogen. Und auf der anderen Seite die grenzenlose Corruption, die „Diener Gottes“ freche Wüstlinge, mit dem Patriat der Städte, dem Abel und den Fürsten in der Schwelgerei weitefernd. — das Gewerbe, nachdem es sich kaum freigemacht vom Despotismus des städtischen Patriats, betäubt und ersticht im Kohlendunste des Junkstregiments! Ueberall dumpfe Schwüle, nirgends ein frischer Lufthauch! Man fühlt es, nur des zündenden Funkens bedarf es, um all die gährenden Elemente, welche die Ausbeutung vieler Jahrhunderte gehäuft, zur Explosion zu bringen. Und die Katastrophe erfolgt, ihr Donnerrollen schreckt die Besessenen und Genießenden aus ihrer Schwelgerei empor. Die Bauern brechen die schwachen Ketten der Sklaverei und ein furchtbares Gericht ereilt die Herren und Gottes Priester. Heldenmüthige Kämpfe werden uns geschildert und eiserne Gestalten tauchen vor uns auf, aber die gewaltige Bewegung ereignet bei der Kurzsichtigkeit und Betranungslosigkeit der Massen. Ein schreckliches Strafgericht bricht über diejenigen herein, die auf ein menschlicheres Dasein Anspruch erheben, entsetzliche Vergeltung üben die Besessenen und auf unmenbliche Weise stellen sie ihre Herrschaft wieder her.

Wie kein, wie jämmerlich erscheint in der großen Zeit, die unter den Geknechteten so viele große Menschen erzeugte, das Bild Luther's, der von den Rechten des Volkes nichts wissen wollte, sein Heil bei den Fürsten suchte und mit päpstlich-prote-

*) Der deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters. Von A. Bebel. Braunschweig, Druck und Verlag von W. Brocke jr. 1876.

genüber Stellung zu nehmen, haben wir wohl erwogen, und antworten was folgt: Wir bedauern, daß die ungarische Jugend die Prinzipien der Humanität einseitig ausgelegt hat; wir meinen, daß es derselben nicht geziemt — sei es auch indirekt — ein Volk in seinem edlen Streben zu schädigen, welches trotz schwerer Ungunst der Zeit sich einmütig erhoben, um in den ungleichen Kampf zu ziehen für Freiheit, Recht und Vaterland! Möge Gott die Waffen segnen, welche der gerechten Sache dienen, und unseren slavischen Brüdern den Sieg gewähren! Aber trotz unserer Sympathie für das serbische Volk finden wir es für gut und angemessen, euer Anerbieten, gemeinschaftlich vorzugehen, abzulehnen. Serbien hat einen Verbündeten, welcher unser Volk mit schwerer Gewalt bedrückt, welcher unseren Glauben, unsere Sprache vernichten will, welcher die Prinzipien der Freiheit und Civilisation verleugnet und die Traditionen und Gefühle zerstört, welche die große Vergangenheit unseres Volkes geschaffen! Die Unterstützung dieses Verbündeten ist unserer Meinung nach ein Danaergeschenk, seine Sprache eine doppelzüngige. Die Geschichte wird einst dieses Vorgehen so richten, wie die politischen Verbrechen Katharina's und Jugoskron's. Daher halten wir es für unsere Pflicht, nicht dazu beizutragen, daß die slavische Jugend durch Kundgebungen ihrer Sympathie den Anhang jenes mächtigen Feindes der Freiheit vergrößere, und rufen ihnen warnend zu: „Vertrauet bloß den eigenen Kräften!“ Diese müssen aber durch ruhige, aufopfernde und patriotische Arbeit gehoben werden. Durch die Ergebnisse derselben wird Gerechtigkeit und Freiheit den slavischen Völkern werden, durch jene gewaltige Macht bloß — Sklaverei! (Unterschriften.)

Das Unglück für die Südlaven, in so weit sie wirklich feindseligen Strebungen huldigen, ist bloß, daß die Serben, Herzogwimer und wie sie alle heißen mögen, das „Danaergeschenk“ der russischen Protection nicht ablehnen können. Die Vernichtung Rußlands in seiner heutigen Gestalt ist die unerläßliche Vorbedingung freiheitlicher Zustände in den Donan-gegenden.

Im Gegensatz zu obiger Kundgebung hat der polnische Fürst Lubomirski von Paris aus, wo er anständig ist, an seine Landsleute eine Ansprache gerichtet, in der er sie auffordert, sich offen und loyal in die Arme Rußlands zu werfen, wenn sie nicht wollten, daß der polnische Name von der Erdoberfläche verschwinde.“ Das heißt, das Schaf soll sich vom Wolf ruhig auf-fressen lassen, damit sein Todeskampf nicht zu lang dauere. Ein sehr praktischer Rath, den die Polen befolgen werden, wenn sie — Schafe sind.

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark ist nicht minder groß als bei uns in Deutschland. Um nur einige Beispiele anzuführen, so ist in einer jüngst abgehaltenen Versammlung der „Dänischen Arbeitergenossenschaft“ mitgetheilt worden, daß eine große Faencenfabrik ein Drittel ihrer Arbeiter entlassen habe und die Arbeitszeit der übrigen Arbeiter der Fabrik wesentlich reduziert worden sei. Eine andere große Fabrik in der Nähe der Hauptstadt hat 300 Arbeiterinnen entlassen müssen. Schon im letzten Sommer waren hier 430 Zimmergehilfen ohne Arbeit, jetzt ist die Zahl der arbeitslosen Gehilfen des Zimmergewerks eine noch weit größere. Die Gesuche um Unterstützung aus der Armentasse wegen Mangels an Arbeit wehren sich denn auch von Tag zu Tag.

Der drohende Strike in Lancashire (England) ist noch in letzter Stunde abgewandt worden. Am 23. November sollten die Fabriken gesperrt werden; zwei Tage vorher beschloßen die Fabrikanten, nach vorherigen Verhandlungen mit den Arbeitern — deren Organisation sich doch kräftiger zeigte, als man erwartet hatte — die betreffende Ankündigung zurückzuziehen. Allerdings ist der Kampf nur vertagt und kann bei jeder Gelegenheit wieder in heißen Flammen ausbrechen.

Unser Parteigenosse Briz in Kopenhagen ist wegen angeblicher Beleidigung eines Fabrikanten, begangen in dem sozialistischen Witzblatt „Kavnen“, zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 26. Novbr. Es ist jetzt der „Bericht der ständeräthlichen Fabrikgesetz-Commission“ erschienen. Er verbreitet sich nur über diejenigen Punkte, über welche die ganze Commission sich geeinigt hat, über den Fabrikbegriff, die hygienischen Flächen das arbeitende Volk überschüttete, welches um seine Freiheit rang. Allen Forderungen des Volks voran stand die Forderung der freien Lehre des Evangeliums. Die Armen „fühlten instinktiv, daß ihre politisch-sozialen Erziehungsaufgaben nur dann vollen Bestand haben könnten, wenn auch ihre religiösen Ueberzeugungen keinem Zwang mehr unterworfen wären, die Religion nicht mehr als Mittel für neue Unterdrückung angewendet werden könne.“

Aber das begriff Luther nicht oder wollte es nicht begreifen, die Knechtschaft sollte beibehalten, die Unterdrückung bestätigt werden. Wohlthätig erscheint uns dem am Fürstentum huldenden nur äußerlich reformirenden Luther gegenüber Thomas Münzer, der Mystiker. Vermag uns seine Reformation auch nicht zu begeistern, so sieht sie doch höher als die Luther's, und was ihn uns näher führt, das ist der Umstand, daß er seinen Stützpunkt im Volke suchte, dessen soziale Forderungen als berechtigt anerkannte und mit dem Schwerte in der Hand Weides verfolgte, seine religiöse Reform sowohl als auch die sozial-politischen Forderungen des Volkes.

Webel zeigt uns, wie bei dem Volke jedes Interesse für die religiöse Form schwand, als die Verwirklichung der politisch-sozialen Forderungen durch die Niederlage der Bauern unmöglich wurde. Man ahnte, daß die religiöse Reform ohne die politisch-soziale nur Lug und Trug sei. „Die Reformation, die vor dem Bauernkriege die begründete Aussicht hatte, ganz Deutschland im Fluge zu erobern, war nach dem Bauernkriege dem Volke gleichgültig geworden, sie war nur noch ein Mittel in der Hand der Fürsten.“

„Das Volk sah von jetzt ab dem Kampfe zwischen der protestantischen Fürsten- und der katholischen Kaisermacht in stumper Gleichgültigkeit zu. Es wurde auf Befehl seines Fürsten heute reformirt und morgen katholisch und umgekehrt. Der Kampf um religiöse Lehren und Glaubensansichten war kein Kampf mehr, für den es sich interessirte, seitdem ihm das materielle Interesse daran abhanden gekommen war; der Kampf wurde reines Pfaffengeiz, das die Massen kalt ließ und nur den Fürsten für ihre Zwecke diente.“

Wir dürfen es wohl für heute bei diesen Andeutungen bewenden lassen. Sie haben keinen Anspruch auf den Namen einer Inhalts-Skizze, doch dürften sie den Parteigenossen bereits einen Einblick in den reichhaltigen Inhalt des Buches gestattet haben.

nischen und Sicherheitsvorschriften, welche das Gesetz im Interesse von Gesundheit und Leben der Arbeiter den Fabrikhabern vorschreibt, die Hauptpflichtfrage und das Inspektorat. Bei den wesentlichen Differenzpunkten zwischen Majorität und Minorität werden noch besondere Referate erachtet werden. Bereits früher haben wir über die Commissionsarbeiten berichtet, doch dürfte es im Interesse der Sache liegen, wenn wir einige Auszüge aus dem Referate geben. Beim ersten Abschnitt, Fabrikbegriff, war die nationalrätliche Commission zu folgendem Antrage gelangt: „Wir beantragen: Streichung der Worte „in geschlossenen Räumen“.“ Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Uebelstände, welche durch das Gesetz beseitigt werden sollen, ganz ebenso sehr bei Gewerben in offenen Räumen, wie bei Bauten, in Steinbrüchen u. s. w. vorkommen können. Das am 3. Juni 1874 promulgirte französische Gesetz über die Arbeit der Kinder und minorären Mädchen sagt denn auch ausdrücklich, daß dieselben nur unter den im Gesetze näher angegebenen Bedingungen in den „manufactures, fabriques, usines, chantiers et ateliers“ (Manufakturen, Fabriken, Hochöfen, Werften und Werkstätten) zur Arbeit verwendet werden dürfen. Der § 136 der deutschen Gewerbeordnung sagt, daß unter Arbeitern, auf welche die betreffenden Bestimmungen Anwendung finden sollen, auch diejenigen verstanden seien, welche außerhalb der Fabrikverhältnisse für Fabrikhaber oder für die ihnen gleichgestellten Personen, die zu deren Gewerbebetriebe nöthigen Ganz- oder Halbfabrikate anfertigen. Unsere Fabrikgesetze der Schweiz enthalten dagegen die Bestimmung „in geschlossenen Räumen“ als Kriterium, ob eine gewerbliche Anstalt unter die Herrschaft des Gesetzes falle oder nicht; so die Fabrikgesetze von Glarus, Aargau, Baselstadt, Baselland und Schaffhausen. Wir halten es durchaus für wünschenswerth, daß hier ein Schritt weiter gegangen wird und die Wohlthaten des Gesetzes im Sinne unseres Antrages auch auf die Arbeiter in nicht geschlossenen Räumen ausgedehnt werden. Die Forderung von Gesundheit und Leben beschränkt sich keineswegs auf den fabrikmäßigen Betrieb in geschlossenen Räumen. Mit unserem Antrage wird erreicht, daß die in Art. 2 niedergelegte und für das Wohl der arbeitenden Klassen so eminent wichtige Bestimmung nicht nur einem Bruchtheile der Arbeiter zu gut kommt. — Der Nationalrath schloß sich dieser Auffassung in den ersten Beratungen an, nahm jedoch in der Schlussberatung wesentlich aus constitutionellen Bedenken die „geschlossenen Räume“ wieder auf. — Des besseren Verständnisses wegen wollen wir noch folgen lassen, wie sich die Commission den Art. 2 dachte. Nach dem bundesrätlichen Vorschlage hatte das erste Alinea (Absatz) desselben folgenden Wortlaut:

„In jeder Fabrik sind die Arbeitsräume, Maschinen und Werkgeräthschaften so herzustellen und zu unterhalten, daß dadurch Gesundheit und Leben der Arbeiter in keiner Weise gefährdet werde.“

Die Commission wollte Gesundheit und Leben der Arbeiter „bestmöglichst gesichert“ sehen. Die im Entwurfe enthaltene Vorschrift sei eine durchaus unerläßbare Forderung u. s. w. Die Commission hatte bei ihrem Antrage, die Bestimmung in „geschlossenen Räumen“ zu streichen, durchaus Rücksichten auf das Leben und die Gesundheit der Arbeiter im Auge. Die ständeräthliche Commission äußerte sich nun folgendermaßen über den Gegenstand:

„Was den Fabrikbegriff betrifft, so dreht sich der Streit wesentlich um die Frage, ob der Ausdruck „in geschlossenen Räumen“ in Art. 1 soll beibehalten werden oder nicht. Daß der Begriff Fabrikbetrieb als Unterscheidung von Handwerk und Hausindustrie mit materiellen Erkennungsmerkmalen (etwa Industralbetrieb durch Maschinen, Wasser, Dampf und dgl.) nur ganz ungenau und für die Entscheidung im einzelnen Falle kaum fördernd definiert werden kann, haben die Gesetzgeber allüberall erfahren, wo sie solche Definitionen versucht haben. Daß im Fernern der schweizerische Gesetzgeber, mindestens zur Zeit, und muthmaßlich für lange, vielleicht für immer, es von sich weisen muß, die Landwirtschaft, werde sie noch so groß betrieben, als Fabrikbetrieb zu tagiren, ist ebenfalls einleuchtend; daß überhaupt vielfache Arbeit in freier Luft nicht wohl gesetzgeberisch, zumal durch ein Stundenmaximum u. s. w., staatlich regulirt werden kann, liegt auf der Hand. Es bliebe wesentlich noch die Frage übrig, ob eine Anzahl von Bauwerken, Zimmermanns-, Maurer- und Erdarbeiten u. s. w. durch Weglassung der Worte „in geschlossenen Räumen“ mit unter das Fabrikgesetz gestellt werden sollen? Dem steht doch auch wieder entgegen, daß ein Großtheil dieser Arbeiten, ein Großtheil des Lohninteresses der Arbeiter namentlich, durch die Jahreszeit be-

Wir haben vor, einzelne Partien des „Bauernkriegs“ später im Auszuge mitzutheilen. Einstweilen können wir den Parteigenossen nur wiederholt empfehlen, das Buch sich anzuschaffen und es nach Kräften zu verbreiten. C. L.

Ein Kapitel aus der Geschichte des herrschenden Usinans. Ein Bruder Studio richtet an die „Schw. Jg.“ folgende Zuschrift:

„In den letzten Tagen fand wiederum eine Immatrikulation neu angelommener Studirender statt. Hierbei muß jeder Aufzunehmende „durch Handschlag an Eidesstatt“ versichern, daß er nach den Universitätsgesetzen leben wolle.“

Diejenigen, welche nach absolvirter Maturitätsprüfung hither kommen, kennen die Universitätsgesetze noch gar nicht; erst bei der Immatrikulation werden ihnen dieselben eingehändigt. In denselben ist aber zu lesen:

§ 20. Die Studirenden müssen zur Verhütung des Feuerschadens die vorgeschriebene Vorsicht gebrauchen; besonders durch Vermeidung des Schießens, der Feuerwerke und des Tabakrauchens an Orten, wo leicht Schaden zu besorgen ist, z. B. in der Nähe von Gebäuden und anderen leicht entzündlichen Gegenständen (so!), vornehmlich auf den Straßen, es sei in Städten oder Dörfern und Wäldern, wie auch innerhalb der Gebäude, in der Nähe der Betten, auf Böden oder in Ställen.

§ 26. Nach was Niemand bei Vermeidung disziplinarischer Abmahnung nach 10 Uhr Abends sich in einem Wirthshause antreffen lassen.

Nun möchte ich folgende Fragen zur Beantwortung hinstellen:

1) Ist es wohl recht, Jemanden zu verweigern, etwas „durch Handschlag an Eidesstatt“ zu versichern, was er gar nicht kennt?

2) Kann man von einem Studenten verlangen, er solle „durch Handschlag an Eidesstatt“ versichern, er werde die Bestimmungen, welche in § 26 und 26 enthalten sind, einhalten?

3) Können wohl die Herren Professoren, die solches von den Studenten verlangen, selbst versichern, daß sie in ihrer Studenzeit nach diesen Bestimmungen gelebt haben?

Der glückliche Straußberg. Der „Tagesbote aus Böhmen“ schreibt: „Dr. Straußberg wird nächster Tage in Prag eintreffen. Wie wir erfahren, will ein Conjointum, an dessen Spitze der Flügeladjutant des Deutschen Kaisers, Graf Lehndorff stehen soll, die bedeutenden Straußbergischen Herrschaften sammt den Industriellen ankaufen und dieselben von Dr. Straußberg verwalten lassen. Ein bedeutendes Kapital soll ihn dann in den Stand setzen, einen Theil der von ihm projectirten Werke in Ausführung zu bringen.“ — Man empfängt also den Betrüger mit offenen Armen! Das ist ein prächtiges Spiegelbild der heutigen Gesellschaft.

dingt ist. Sommer und Winter sind hiebei nicht gleichbedeutend für die Erwerbsmöglichkeit und den Arbeitslohn. Der höhere Ertrag und die höhere Arbeitsanforderung im Sommer muß großentheils den geringeren Ertrag und die größere Ruhe im Winter ausgleichen. Auch hier wäre es nicht gerathen, allzusehr im Detail zu reglementiren.

Würden die Worte „in geschlossenen Räumen“ gestrichen, so müßten folgende Ausnahmen beigesetzt werden, auf welche das Gesetz nicht anwendbar sei. Im Nationalrath führten diese in erster Beratung beigefügten Ausnahmen im Verlaufe der Diskussion und nach durch dieselbe erkannte Schwierigkeit, wieder auf den jetzigen Wortlaut des Art. 1 zurück, und der ständeräthlichen Commission wäre es kaum anders gegangen. Man entschloß sich also, bei dem Wortlaute zu bleiben, wie ihn der Nationalrath schließlich festgestellt hat.“

Wir constatiren, daß die ständeräthliche Commission bei ihren Erwägungen von constitutionellen Bedenken ebenso wenig geleitet wird wie die nationalrätliche, und daß sich ihre Auffassung von der der letzteren hauptsächlich dadurch unterscheidet, daß die Rücksichten auf Leben und Gesundheit der Arbeiter bei ihr viel weniger als bei jener ins Gewicht fallen. Ihr Standpunkt erscheint uns ein wenig naiv, die größere Arbeit im Sommer werde durch größere Ruhe im Winter ausgeglichen, in gesundheitlicher Beziehung scheint die Commission hiernach ein ganz normales Verhältnis gefunden zu haben. Wir sind begierig, ob ihr in dieser Richtung irgend welche ärztliche Gutachten zur Seite stehen. Ob ihr etwa die italienischen Erd- und Tunnelarbeiter vorzuziehen? Kann eine dreimonatliche Winterruhe, wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden darf, die schweren Gesundheitsschädigungen ausgleichen, welche die sechsmonatigen Arbeiten in nassen Gräben und Straßen oder in erstickenden Tunneln selbst dem kräftigsten Körper zufügen müssen? Wir glauben, es findet sich kein Arzt, der dies zu behaupten wagt. Im Gegentheil, jeder vernünftige Arzt wird dahin entscheiden, daß, wenn irgendwo, gerade hier der Normalarbeitstag am Plage ist. Die Commission macht sich im Uebrigen eine ganz falsche Vorstellung von der „Winterruhe“ dieser Arbeiter. Gebietet die Witterung in der gewöhnlichen Arbeit Halt, dann legt sich der Arbeiter nicht auf die faule Bahnhaut, sondern sucht in der Regel eine andere Beschäftigung, und meist wird diese für ihn noch mühsamer, vielleicht auch noch anstrengender sein als seine gewöhnliche, weil sie ihm fremder ist als diese. — Die zarten Rücksichten, welche die Commission auf die Lohninteressen der Arbeiter nimmt, sind hier ganz und gar nicht angebracht, der Lohn wird sich nicht verringern, und wenn Jemand unter der Ausdehnung des Fabrikbegriffs zu leiden hätte, dann wären es nur die Herren Favre und Consorten, d. h. die Herren Eisenbahn-, Straßen- und andere Unternehmer.

Die landwirthschaftlichen Prophezeiungen der Commission mögen „für lange“ noch richtig sein, einmal aber kommt doch der Tag, an dem auch den Lohnslaven der Landwirtschaft die Stunde eines menschenwürdigeren Daseins schlägt. (Fortf. f.)

Schleswig, 20. November. (Agitationsbericht.) Sonntag, den 12. November, hielt ich, unterstützt durch vieler Parteifreunde, eine Versammlung in Gottorf ab, wobei durch die mangelhafte Bekanntmachung der Versammlung das Bureau in die Hände des liberalen Organisten Heinebucher fiel. Jedoch hatten wir uns über seine Verletzung nicht zu beklagen. Als ich mit meinem Vortrage zu Ende war, erklärte der Vorsitzende, er und jedenfalls auch andere wären nicht mit Allem einverstanden, was ich gesagt habe, da es aber heute zu lange dauern würde, wenn noch eine Widerlegung erfolgen sollte, so beantrage er, in 14 Tagen oder 3 Wochen eine Versammlung einzuberufen, wo ich widerlegt werden solle! Ueber 3 Wochen versprach ich zu kommen, um die Widerlegung entgegen zu nehmen. In Burgsied steht ein Lokal zur Verfügung, aber Herr Harde's Bogt aus Edernsförde verlangt von dem betreffenden Wirth, da es drei Meilen von genannter Stadt liegt, im gedekten Wagen hin- und herzuführen zu werden. Da der Wirth Pferde und Wagen nicht hat, kann er das Lokal nicht hergeben, weil ihm dann die Tanzmusik beschränkt würde. In Gottorf stellte ich den betreffenden Beamten darüber zur Rede, wurde aber auf echt preussisch abgefertigt: man sei mir keinen Ausschlag darüber schuldig. Jetzt kommt aber des Pudels Kern. Montag der 13. wurde ich nach Schleswig gerufen. Der nationalliberale Verein hatte eine liberale Wählerversammlung einberufen, und zwar Vormittags 11 Uhr. Der in allen Farben schillernde Dr. Meyer-Horsted hielt seine Candidatenrede, und was für eine! Brrr! Nur die großen Liberalen und die Conservativen seien berechtigte Parteien, alle übrigen seien Interessengruppen und daher gar nicht erziehungsberechtigt. Uebrigens habe ich in der Versammlung gehört, der Dr. Titel des Candidaten sei bloß ein gefälschter. Als ich fragte, ob der Herr Doktor Diskussion zulasse, wurde ich abschlägig beschieden, wir seien zu dieser Versammlung gar nicht eingeladen. Wenn wir jedoch „anständig“ wären, so würden wir kurze, aber nur ganz kurze Interpellationen erlaubt werden. Die Keneriade ist abgeleiert und ich erhalte das Wort zum Interpelliren. Eben will ich meine Frage über das Schulwesen mittheilen, als der Vorsitzende v. Fischer-Benzon sagt, ich rede nicht zur Sache. Der Staatsanwalt ruft, ich spräche zur Sache, man möge mich sprechen lassen. Aber der Vorsitzende entzieht mir trotzdem das Wort, giebt den Diener der heiligen Hermandad einen Wink und ich werde durch denselben an die frische Luft geschickt, das deutsche Reich ist gerettet! Freund Dampfwoß theilt mein Schicksal, nachdem er gefragt hatte, ob Herr Meyer das, was er uns erzählt habe, selbst glaube. Diese Handlungsweise des Vorsitzenden ist der liberalen Versammlung doch zu liberal und sie löst sich unter großem Tumult selbst auf.

Mit sozialdemokratischem Gruß S. Heinkel.

NB. Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ wird am Abend gebeten.

Schleswig, 19. Nov. Auch in unserm, dem 15. sächs. Wahlkreis kommt jetzt die Agitation lebhaft in Schwung und will ich Ihnen kurz von denjenigen Versammlungen berichten, welchen ich mit beigewohnt habe. Zunächst haben wir in dem 2 Stunden von hier entfernten Eppendorf, wo es uns trotz aller Bemühungen bis Mitte September nicht gelungen war, Boden zu fassen, in kurzer Zeit drei Versammlungen abgehalten, wovon die dritte insofern bemerkenswerth war, als in derselben der Reichstagsabgeordnete Bahleisch schon am Anfang des Vortrags durch einige rohe Tumultuanten unterbrochen wurde. Als die anwesenden Holzarbeiter und Kleinbauern Anstalten machten, den frohen Ausheldner, einen Gutsbesitzer aus Eppendorf, aus dem Saale zu entfernen, löste der anwesende Gensdarm Köhler aus Vorpendorf die Versammlung auf. Hoffentlich wird dieser Vorgang nur dazu beigetragen haben, den Arbeitern Eppendorfs und Umgegend, die bei der vorigen Wahl sich von einigen großen Fabrikanten und Gutsbesitzern leihameln ließen, die Augen zu öffnen, so daß die beiden Dörfer Vorpendorf und Eppendorf mit zusammen einer Seelenzahl von nahe an 4000 nicht wie das vorige Mal 200 Stimmen für Genzel und nur 19 für Bahleisch abgeben. Daran an-

Schließend will ich Ihnen gleich von der gestern Abend auf dem Wildenstein bei Grünhainichen stattgefundenen Versammlung berichten. Das Lokal ist etwas klein und entsprach der aus drei bedeutenden Dörfern zuströmenden Arbeitermasse durchaus nicht. Wir waren aber gezwungen, dies Lokal zu nehmen, weil wir weder in Grünhainichen noch in Waldkirchen (2 durch ihre Spielwaarenfabrikation bedeutende Orte) einen Saal bekamen, was wir den paar großen Spielwaarenfabrikanten zu verdanken haben, die ihr Wohlwollen thäten, um Herrn Bahlschick an der Ausübung seiner Pflicht, über die Reichstagsverhandlungen Bericht zu erstatten, zu verhindern. Doch zu unserm Erstaunen erschien zur festgesetzten Zeit weder die Ortsbehörde, noch der behelmte Landgendarm, um wie gewöhnlich der Versammlung als „andächtige Zuhörer“ mit beizuwohnen. Ohne jede bedeutende Störung führten wir die Versammlung zu Ende, und ich sprach noch zum Schluss den Wunsch aus, daß die Anwesenden die ausgeschickten Teller bedenken möchten, da wir Geld zur Verbreitung der Wahlagitation brauchten. Mit Verkauf von Broschüren beschäftigt, erkannte ich nicht wenig, als plötzlich Arbeiter an den Tisch traten und Geldstücke zur Deckung der Unkosten niederlegten, „weil die Teller Sammlung durch den Gendarm Abhler aus Borsdorf inhibiert sei“, er war also doch da, dieser unser guter Freund, den wir wegen seiner Versammlungsaufhebung in Eppendorf gebührend in der „Chemnitzer freien Presse“ gekennzeichnet und davon 200 Exemplare in seinem Stationsbezirk verteilt hatten. Er war da, ohne sich beim Bureau anzumelden und ohne das Verbot der Teller Sammlung laut auszusprechen, er hatte sich einfach an das am Ausgange des Saales aufgestellte Tischchen gestellt, die Zahlung von Beiträgen verbieten und sich nach Verlassen des Saales von Seite der Anwesenden sofort aus dem Staube gemacht, ohne daß wir ihn zu Gesicht bekamen. Auch in der auf der Wartburg bei Fischopau für die Waldkirchner Arbeiter am Sonntag, den 5. November, abgehaltenen Versammlung verbot ein anwesender Polizeiregistrator aus Fischopau die Teller Sammlung, um uns dadurch „den Lebensnerv zu unterbinden“. Die ausgetobten „Nieder mit den Sozialdemokraten“ lieferten aber ein reichliches Erträgnis, und wir sind auch in dieser Versammlung nicht zu Schaden gekommen; wir werden uns aber, wenn derartige Manöver wiederholt werden, doch zu einer Beschwerde an die Oberbehörden entschließen müssen. Sonntag, den 12. November, hatten wir in Königshain und Topfseifersdorf Versammlung, in der ersteren hatten die selbstverständlichen Haart in der Minorität sich befindenden Anhänger der reaktionären Parteien nicht übel Lust, Skandal zu provozieren und ein dortiger Lehrer konnte es sich nicht verlagern, nachdem er einigemal sehr ruhig gehaltene Anfragen an Bahlschick gerichtet hatte, Lecturen, als er im Anschluß an die beantworteten Fragen die Kampfweise der Liberalen gebührend kennzeichnete, ohne weiteres zu unterbrechen, so daß er von dem Unterzeichneten unter Hinweis auf den parlamentarischen Takt zur Ordnung gerufen werden mußte. Weitere Versammlungen fanden noch statt in dem Limbacher und Burgstädter Amtsbezirk, wo der Geist der Arbeiter ein durchgängig sehr guter und von den schönsten Hoffnungen bereichernd ist, da auch der indifferenteste Arbeiter durch die Geschäftskrise und die wahrhaft himmelschreiend niedrigen Löhne in der Strumpfwirker- und Weberbranche, die im hiesigen Kreise vorherrschend ist, mit Gewalt auf die Klagengegensätze hingewiesen wird und Partei für uns zu ergreifen gezwungen ist. Im Lager der reaktionären Parteien spürt man das, und es werden deshalb alle Hebel in Bewegung gesetzt, um unsern Lehren den Zutritt zu dem Herzen der Arbeiter zu verschließen, aber alles vergeblich, immer noch findet sich ein Mann, der coulant und spekulativ genug ist, seine Lokale uns zur Verfügung zu stellen. Redekräfte von Seite unserer Gegner, die willig wären, unsere Vorträge zu widerlegen, habe ich noch nicht entdecken können, der Arbeiter, der unsere Versammlungen besucht, ist für die Liberalen verloren. Es heißt da für die heutige Gesellschaft „Werden gehe deinen Gang“ und rettungslos verschwindet unter den geistigen Reulenschlägen unserer Redner eine Stütze der Gegner nach der andern in den hochgehenden Bogen der Volksbewegung. C. Gladewitz.

Freiberg, 20. November. Im 9. Wahlkreise war jetzt ein recht freudiges Leben für die Gesinnungsgenossen eingeleitet und die Gegner, ganz besonders die Liberalen, sahen mit Reiz zu, wie unser bisheriger Reichstagsabgeordneter Geib es verstand, durch seine Berichterstattung in unserem Kreise die Herzen aller Arbeiter für sich zu gewinnen. Am 15. November hielt derselbe eine Versammlung in Hainichen ab. In seinem guten und interessanten Vortrage hatten die Gegner gefunden, daß hier eine Opposition nichts nütze, weshalb es keiner wagte, aufzutreten. Die Versammlung ging im höchsten Grade befriedigt auseinander. Etwas interessanter gestaltete sich die am 16. November in Freiberg abgehaltene Versammlung; denn als Herr Geib mit seinem ganz ausgezeichneten Vortrage zu Ende war, erhob sich der uns schon gut bekannte Adolfs Tischner von hier, um eine Entgegnung zu bringen, gestand aber auch zu, daß verschiedene Ansichten in der liberalen Partei herrschten. Herr Geib widerlegte ihm seine Einwände gegen das Referat so klar, daß ihm doch die Luft vergangen war, in weitere Diskussion einzutreten. Nun erhob sich der bekannte Börsenmann Heinrich Zuh, welcher betonte, er gehöre der Fortschrittspartei an, was wir doch sehr bezweifeln, denn aus seinen früheren Aussagen zu hiesigen, wo er sich für nationalliberal ausgab, glauben wir, daß derselbe gar keine Farbe hat, und da in seinen Reden kein richtiger Zusammenhang zu finden war, so beschränkte man sich von unserer Seite auf eine kurze Widerlegung. Ein Parteigenosse sprach im Namen der Versammlung Herrn Geib seinen Dank aus für seine bisherige Thätigkeit, welcher Dank von der ganzen Versammlung durch ein donnerndes Hoch bestätigt wurde; das freute uns umso mehr, da der Saal gedrängt voll war. Nach Empfehlung des neuen Candidaten, Wilhelm Frische, wurde die Versammlung unter lauten Beifallsrufen geschlossen und ging Jeder im höchsten Grade befriedigt von anen.

Verlag des „Wähler“.

Für Nr. 7 des „Wähler“ sind bis heute folgende Zahlungen eingegangen:
Aichereleben 3,00, Achim 11,10, Altona 153,00, Apenrade 6,00, Ahrensburg 3,75, Altenhof-Eisen 19,65, Raden 1,95, Ibseloh 3,75, Bramstedt 4,30, Bielefeld 4,10, Bodenheim 6,00, Breeslau 7,50, Barmen-Elberfeld 12,30, Brandenburg 6,00 und für Nr. 8 und 9 je 8,00, Bredstedt 0,65, Bergen 1,10, Berge 6, F. 18,00, Bergen a. D. 4,50, Bochum 6,00, Bernau 4,50, Burscheid 6,00, Barmstedt 7,50, Barl 1,50, Braunschweig 5,00, Bornheim 2,10, Burgdam 18,00, Calau 10, Calbe a. S. 12,30, Caffel 20,55, Erfeld 1,50, Cöln 7,5, Cottbus 1,65, Dortmund 13,50, Dreißigshuben 0,90, Dörrheim 2,25 und für Nr. 8 und 9 je 2,25, Düsseldorf 3,00, Eilenberg 2,25, Dietzshen 3,75, Eilenburg 2,25, Ederförde

4,50, Elmshorn 7,05, Ernsdorf 5,00, Forst 16,35, Finsterwalde 0,60 und für Nr. 8 0,00, Frankfurt a. M. 17,25, Flensburg 12,60, Friedrichstadt 2,25, Jechenheim 2,10, Jula 1,80, Geestendorf 2,70, Göttingen 3,55, Götlich 9,75, Greiffenberg Nr. 6—8 1,80, Gütrow 4,95, Goldlauter 5,85, Garding 2,15, Groß-Steinheim 1,80, Gemme 6,00, Hagen i. W. 4,65, Hannover 18,00, Hanau 30,75, Husum 3,30, Harburg 18,20, Halle 7,05, Hildesheim 4,80, Hemmingstedt 1,50, Hennstedt 6,00, Heide 5,55, Hedingen Nr. 5—8 0,60, Hamburg 1,80, Iphoe 8,30, Jüterbog 0,90, Jericho Nr. 5—8 6,10, Kall 4,30, Klein-Kroppenburg 10,35, Kiel 20,25, Klein-Steinheim 3,75 u. Nr. 8 3,75, Krempe 1,80, Kirchheim b. E. 1,20, Limmer 4,20, Lohstedt 6,00, Langendiebach 2,25, Liegnitz 4,50, Launburg 10,20, Langenbielau 4,00, Ludenwalde 3,30, Mülla 6,00, M.-Glabbach 1,20, Merseburg 3,80, Mühlhausen 1,50, Münster i. B. 0,80, Nowawes 3,00, Nordhastedt 1,35, Nordsee 1,70, Neundorf 2,85, Rüdigen 1,50, Ottenjen 70,50, Oldenburg i. S. 3,60, Ober-Beilau 3,00, Otterndorf 3,50, Oldenswort 1,80, Osterwied 2,85, Oeynhausen 6,10, Pommernsdorf 3,00, Peterswaldau 6,80, Potsdam 3,00, Pinneberg 7,80, Paris 9,00 f. Nr. 6 und 7, Rüdigen 2,40, Rostod 7,50, Soffenheim-Höcht 5,70, Sorau 7,20, Stettin 4,50, Seth 0,95, Striegan 2,90, Schleswig 9,00, Steele 6,70, Stellung 2,70, Schönberg 1,50, Schwerin 6,00, St. Johann 15,00, Sülzen 1,35, Tönning 3,75, Tondern 3,00, Triebel 1,50, Uelzen 4,50 u. 6,90, Ueteren 9,75, Ulfendorf-Gelsenkirchen 3,45, Bieren 4,50, Wald 24,00, Wüstegiersdorf 3,75, Waldburg i. Schl. 2,85.

Für Nr. 6 sind seit 25. Oktober bezahlt worden:
Aachen 2,20, Celle 8,70, Cappeln 5,00, Duisburg je 2,00 für Nr. 3—5, Dürrenberg je 2,25 für Nr. 2 u. 3, Delitzsch 7,05, Frankfurt a. M. 13,05, Frankenthal 1,50, Greiffenberg 6,90, Gelnhausen 1,50, Glöckstadt 3,90, Halberstadt 4,50, Kirchhain 2,25, Limmer 8,70, Langenbielau 4,00, Langenfalza 0,90, Minden 3,60, Münden i. S. 2,60, Magdeburg-Budau 18,90, Mel-dorf 2,40, Rieburg a. S. 3,00, Oldesloe 1,80, Osterwied 1,80, Reihersberg 0,75, Soffenheim-Höcht 3,45, Süchteln für Nr. 5 u. 6 je 2,85, Uelzen 4,50, Verden 8,70, Wehlheiden 1,00, Wandsbeck 3,15, Wismar 2,10, Wilsler 2,25, Verden 1,80.
Aus nachfolgenden Orten, welche sich unter den in Nr. 3 des „Vorwärts“ als rüchändig bezeichneten befanden, sind neue Anmeldungen auf Abonnement des „Wähler“ eingegangen: Burgdam, Langenfalza, Wilsler, Meldorf, Wandsbeck, Magdeburg, Lunden, Seth, Feig, Halberstadt, Müllheim a. Rh., Brandenburg, Osterwied, Bornheim, Breez, Gelnhausen, Jericho, Duisburg, Oldesloe.
Hoffentlich werden auch aus den übrigen 86 Orten sich wieder Genossen zum Vertriebe des Blättchens finden.
Inzwischen sind seit Oktober zurückgeblieben (d. h. haben für September Nr. 6) noch nicht abgerechnet): Berlin-Glücksd., Frankfurt a. O., Groß-Berfel, Königszelt, Kellinghausen, Raumburg a. S., Remmingsen, Reiwitz, Stade, Uerdingen, Blotho. Hamburg, 29. November 1876.

Mit Gruß!
August Geib, Rübingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. Auf Anfragen aus Berlin: Die Artikel: Unsere Gegner mußten wegen anderweitiger angestrebter Thätigkeit des Verfassers unterbrochen werden. Es folgen — und zwar in nächster Zeit — noch 2 Artikel, denen sich eine eingehende Ausföhrung über Ehe und Familie im sozialistischen Staat anschließen wird. — J. B. Kiel: Der Bericht ist nicht angekommen. — E. S. Langenfalza: Daß die Langenfalzer Polizei sich die Mühe giebt, Sozialdemokraten die Arbeit zu entziehen durch Verinsperrung der Arbeitgeber, wundert uns nicht. Derart handelt die Polizei an sehr vielen andern Orten Deutschlands auch. — J. S. Potsdam: Ihre Corr. kam für die Sonntagsgamnummer zu spät. — J. B. in Magdeburg: So sehr wir die Heranziehung der Landwehrleute und Reservisten zu der Beschaffung eines Kaiserkrone verurtheilen, da wir es für gerechter halten, daß derartige Jubiläumsgeschenke aus den gefüllten Beuteln der Generale und Großwärdenträger gefaßt würden, müßten wir doch von dem betr. Eingehand in seiner ursprünglichen Fassung Abstand nehmen. Wir können es den Mitgliedern des Kriegervereins in E. nicht verdenken, wenn sie lieber Brot als ein Schwert für ihr „Scherlein“ kaufen, selbst auf die Gefahr hin, daß man ihnen „militärisches Gefühl“ abspricht.
der Expedition: W. Tauscher Thlt.: Wv. Kalender nebst Porto kostet 50 Pf. — 22 fr. dw. Zaher B. nicht zu beschaffen. — W. Keil Nr. 1. Wahlgesetz einzelne nicht zu haben. Im Brief waren nur 20 Pf. Marken. Beilagen noch nicht fertig. Wahlgesetz steht in der neuesten „Thätigkeit des Reichstags“, Preis siehe Vorwärts.

Den anwärtigen Gesinnungsgenossen des 8 und 9 Schles.-Holst. Wahlkreises, diene hiermit zur Nachricht, daß Herr S. Recht als Schriftführer des hiesigen Wahlkomites engagiert ist, und daher alle an mich oder das Wahlkomite gerichteten Briefe, von demselben beantwortet werden.
D. Reimer, Angerstr. 25. 1.

Quittung. Albrecht Neuschönefeld Ann. 0,80, Am Ludwigshafen Ann. 0,90, Nr. Kiel Ann. 1,20, Ohmann hier Ab. 15,20 u. 25,00, Rittmann München Ab. 60,00, Mr. Mannheim Ab. 12,00, Onsdit Wittweiba Schr. 2,75, W. Rv Altona Ab. 46,30, B. Straßburg Ab. 2,00, Schd Cöln Ann. 0,80, Zimmer 0,70, Hilar Wurzen Ann. 1,20 Schr. 4,30, Arbeiterverein Neuschönefeld Ann. 0,70, S. Rv Magdeburg Ab. 18,90, Wrm Schmöln Ab. 7,75, Sfrt Elberberg Schr. 10,00, Siam Coburg Ab. 9,40, Eldredn Hßlingen Ab. 11,77 Schr. 27,65, Vdnar Graz Ab. 5,82, Schgl Graz Ab. 9,64.

Wahlfonds des 13. sächs. Wahlkreises.
Von Arbeitern der Blättnerischen Fabrik hier 2,25; v. R. i. B. 1,00; von einem 1848—49er Freiheitskämpfer in Mannheim durch R. 1,00.

Anzeigen etc.

Altona. Die Gesinnungsgenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Genossenschafts-Buchdruckerei des „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ eine Instruktion, das Reichs-Wahlgesetz und Wahlreglement hat drucken lassen, es werden diese 3 Theile zusammen auf einem Blatt zum Selbstkostenpreis das 100 zu 1 Mark verkauft.
Diejenigen Gesinnungsgenossen, welche solche haben wollen, mögen sich an unsern Agenten, H. Gundelach, in Altona, Angerstraße 25 1., wenden, jedoch werden dieselben nur gegen baar oder Postnachnahme versendet. [1,00]

Altona. Montag, den 4. December, in Koppelmann's Salon:
Gewerkschaftsfest
verbunden mit Concert und Ball unter Mitwirkung mehrerer Viedertafeln arrangirt von Mitgliedern der Gewerkschaften.
Karten im Voraus für einen Herrn nebst Dame 30 Pf. An der Kasse 40 Pf. Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Das Comité.
NB. Der etwaige Ueberschuß soll der Parlamentswahlkaffe überwiesen werden. [3,30]

Cöln. Sonntag, den 3. December, Morgens 10 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Vorberg am Hof zur Wiede:
Große öffentliche Tischler-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Tischler-Bundes-Commission. 2. Zweck und Nutzen des Tischler-Bundes. Referent Hr. Meist. [10] Peter Schid.

Cöln. Fachverein der Tischler.
Montag, 4. December, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Streitweggasse Nr. 10a:
Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Halbjährliche Abrechnung. 2. Renwahl des Vorstandes. — Mitgliedslisten sind vorzuzeigen. [10] Der Vorstand.

Hamburg-Altona. Allgemeiner Deutscher Tischler- und Statuier-Verein.
Mittwoch, den 6. December, Abends 8 Uhr, im Salon zum Kochlandt:
Mitglieder General-Versammlung.
Tagesordnung: 1) Statuten-Vorlage, Organisation betreffend der Genossenschaft. 2) Berathung über den Antrag des Herrn Schwarz von voriger Versammlung. 3) Antrag des Herrn J. Götz. [10]

Leipzig. Allg. deutscher Schneiderverein.
Montag, 4. December, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstr.): **Versammlung.** Gäste willkommen. D. E. [30]

Leipzig. Reichstagswahlcomité.
Montag Abend 1/9 Sitzung. Pünktliches und abseitiges Erscheinen notwendig. Die Mitglieder des Reichstagscomités sind hierzu besonders eingeladen. Der Vorsitzende. [40]

Leipzig. Gewerkschaft der Schuhmacher.
Montag, den 4. December, Abends 8 Uhr: **Versammlung** bei Herrn Richter, Köpplig 9.
Tagesordnung: 1) Kassenabrechnung. 2) Bericht des Referenten. Um pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Bevollmächtigte. [50]

Ottensen. Vorläufige Anzeige.
Am 1. Weihnachtstage in Burmeister's Salon:
Großes Vocal- und Instrumental-Concert
arrangirt vom Quartett „Lassallea“.
Der Vorstand.
NB. Der Reinertrag ist zur Reichstagswahl bestimmt. [210]

Osnabrück. Montag, den 4. December, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Hrn. Kuhlmann, Alte Ränge 21:
Öffentliche Arbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: Vorträge des Wahlcomités. Verschiedenes. Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.
W. Krowiars.
NB. Ich ersuche die Parteigenossen Osnabrück's sich während der Wahlperiode in den Versammlungen zahlreich einzufinden. [90]

Stuttgart. Verein der Sattler und Berufsgeossen.
Sonntag, den 10. December, in den Lokalen des Hrn. Käfer, Kirchstraße 1:
Stiftungsfest
mit Musik u. deklamatorischer Unterhaltung. Anfang 6 Uhr, Entré 30 Pf. Collegen und Freunde ladet freundlich ein.
Das Comité. [240]

Wandsbeck. Montag, den 4. December, Abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Bär“ bei Faber:
Volksversammlung.
Tagesordnung: Welche Pflichten hat ein Reichstagsabgeordneter im deutschen Parlament dem Volke gegenüber. Referent Reichstagsabgeordneter W. Hasenclever. [90]
Es ist Pflicht eines Jeden, in dieser Versammlung zu erscheinen. W. Klinge.

Aufruf!

Landmann, Ouerstraße 16/3 in Leipzig; Winkler, Lügewitz 9/T daleßst; Redau, Ebenroßelst, werden aufgefordert, unsern brieflichen Verlangen ungehäumt nachzukommen.
Die Expedition des „Vorwärts“.
Färberstr. 12/II.

Geschäfts-Eröffnung.

Allen Fremden u. Bekannten empfehle ich mein kürzlich eröffnetes **Tabak- und Cigarren-Geschäft** unter Zusicherung reeller und guter Bedienung. [1,80]
D. Reimer, Tabak- u. Cigarrenhandlung, gr. Bergstr. 106, Altona.

Für den Wahlkampf.

Soeben sind erschienen und durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen:

I. Was wollen die Sozialdemokraten?
Ein sozial-politisches Gespräch.
Von H. Oldenburg.
Preis im Buchhandel 50 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.
Der Verfasser beantwortet die aufgeworfene Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzeiwung im liberalen Lager.
Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgischen Zeitung und die Schmähschrift des Herrn von Uruh.
Von Wilhelm Bracke.
Preis im Buchhandel 25 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stk. 4 Mk., 200 Stk. 12 Mk., 500 Stk. 30 Pf., 1000 Stk. 50 Pf.
Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezuge gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß.
Die Schrift:

„Nieder mit den Sozialdemokraten!“
ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Bracke'sche Schrift zu beziehen; bei Bestimmung großer Partien zu Wahlzwecken besondere Vereinbarung. Auflage jetzt 105,000.
Braunschweig, 28. November 1876.
W. Bracke jr.

Achtung!

Soeben erschien!



Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 12 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.
Inhalt: Liberales Wählrecht. — Parlamentarischer Tagespiegel. — Correspondenz. — Fackelzettel. — Pönschen Blum (Gedicht).
Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.
— Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.
Nr. 13 wird Sonnabend 11 Uhr angedruckt.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II, in Leipzig.
Truck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig. [3,30]